

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

30.10.1928 (No. 254)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Verantwortlich:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Spezialredakteur
E. Amann
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einsch. Aufstellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kaszobatt gilt und erteilt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütungen übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Fahrt des „Graf Zeppelin“

Auf der Nordroute

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat nach dem Verlassen der amerikanischen Küste ungefähre um 1/2 1 Uhr mitteleuropäischer Zeit am Montag nordöstlichen Kurs eingeschlagen. Es fuhr eine Zeitlang parallel zur amerikanischen Küste und überflog 7.05 Uhr abends die Trinitatinsucht im Westen von Neufundland. Dann erst begann die eigentliche Ozeanfahrt, die, wenn alles glatt geht, in gerader westlicher Richtung nach Irland führen dürfte.

Die weiteren Meldungen besagen:

Der erste Tag

WTB. New York, 30. Okt. (Tel.) Es wird hier angenommen, daß der „Graf Zeppelin“ bis etwa 6 Uhr früh MEZ ungefähr ein Drittel der Gesamtstrecke Latehorit-Friedrichshafen zurückgelegt hat. Die Fahrtgeschwindigkeit in der Nähe der Neufundlandküste wird auf zeitweilig 160 Kilometer geschätzt, wobei man den starken Nebenwind in Rechnung stellt. Doch wird aus den zuweilen widersprüchlichen Positionen- und Kursmeldungen geschlossen, daß das Luftschiff mehrfach intensiveren Sturmzonen auswich und durch Stützakkurs günstigere Winde suchte. Offenbar litt das Luftschiff in der Höhe von Neufundland unter Sturmwetter, das in der Presse als „wilde Nacht über der Neufundlandküste“ beschrieben wird.

Nach einigen Meldungen sollen sogar rollende oder zirkelnde Bewegungen des Luftschiffes festgestellt worden sein. Indessen äußerte sich der Sekretär des Marineamts und Leiter des Marineflugwesens, Warner, der den „Graf Zeppelin“ eingehend befragt hat, er sei überzeugt, daß das Luftschiff, das seine Stabilität bereits auf der Perzele bewiesen habe, nach den vorgenommenen Reparaturen durchaus flugtüchtig sei. Weiterhin betonte Warner, der „Graf Zeppelin“ werde die Rückfahrt sicherlich gut bestehen, höchstens könnte sie durch widrige Winde verlangsamt werden. Den Washingtoner Wetterberichten zufolge, wird das Luftschiff mindestens 400 Meilen von der Küste ozeanwärts Sturmwetter haben. Die Blätter bringen ausführlich einen Überblick über den ersten Tag seit der Abfahrt von Latehorit. Viel Raum wird auch Clarence Terhune gewidmet, der sich den Ruhm gesichert habe, der erste blinde Passagier eines Luftschiffes zu sein. „World“ bringt eine ausführliche Lebensgeschichte und schilderte die früheren Erlebnisse Terhunes als blinder Passagier.

Besserung des Wetters

WTB. New York, 30. Okt. (Tel.) Die letzten Washingtoner Wetterberichte erwarten besseres Wetter für den „Graf Zeppelin“, sobald der Atlantik erreicht sein wird. Genaue Voraussagen seien schwierig, weil Berichte von Ozeandampfern und sogar von Landstationen noch fehlen, doch sei östlich der großen Neufundlandbänke für wenigstens 300 Kilometer eine bessere Wetterlage zu erwarten. Die Tiefdruckzone an der Nordwestküste Irlands werde wohl bis zum Ortanahen des Luftschiffes verschwunden sein.

WTB. Hamburg, 30. Okt. (Tel.) Das Seeflugreferat der Deutschen Seewarve gibt um 11 Uhr über die Wetterlage auf dem Nordatlantischen Ozean eine Übersicht, an deren Schluß es heißt: Im Laufe des gestrigen Tages hat das Luftschiff, wie aus seinen Meldungen hervorgeht, den südwärts schreitenden Ausläufer des südlichen Labrador gelegenen Tiefdruckgebietes durchfahren. Es mußte dabei bei westnordwestlichen Winden, später bei südlichen Winden des östlichen Regenschauer passieren. Für den weiteren Kurs ist anzunehmen, daß das Schiff etwas südlich von dem Gwöhtreis Neufundland-Friedrichshafen abweichen wird, da dieser weit in das Schlechtwettergebiet hineinreicht, um dann ungefähr auf der Grenze der Schlechtwetterzone entlangzufahren, damit es noch soviel wie möglich von dem fördernden Wind ausnützen kann, ohne einer großen Gefahr von starken Böen und deren Begleiterscheinungen ausgesetzt zu sein.

Die Passagiere

Von den 63 Personen an Bord des „Graf Zeppelin“ sind 25 Passagiere, darunter drei amerikanische Marineoffiziere. Herr v. Biegand befindet sich nicht unter den Mitfahrern. Die einzige Frau, die sich diesmal an Bord befindet, ist Frau Clara Adams aus Lammerville in Pennsylvania. Die Passagiere setzen sich aus Industriellen, Luftfahrtspezialisten und Journalisten zusammen.

Außerdem wurde am Montagmorgen ein blinder Passagier an Bord entdeckt, ein 17jähriger amerikanischer Junge, der bei einem Rechtsanwalt arbeitet. Er muß für seine Überfahrt arbeiten und wird mit Geschirrwäsche beschäftigt. Nach seiner Entdeckung erhielt er zuerst etwas zu essen, da er völlig ausgehungert war. Er ist übrigens kein Neuling auf dem Gebiete des Umsonstfahrens, da er bereits als blinder Passagier die Jungfernfahrt des größten amerikanischen Motorschiffes „California“ mitgemacht hat.

Eine Nichtigstellung Dr. Reiners

Bald nach der Landung des „Graf Zeppelin“ hatte ein Berliner Blatt sich von seinem New-Yorker Vertreter fabeln lassen, daß der Heidelberger Passagier Dr. Reiner sich als einziger Fahrgast sehr ungünstig über den Flug geäußert habe. Montag morgen traf von Dr. Reiner aus New York folgendes Telegramm in Heidelberg ein:

„Erster hier eingetroffener deutscher Zeitungsausschnitt berichtet fälschlicherweise, daß Reine in Zeppelin nicht zufriedenstellend gewesen. Dies ist vollkommen falsch. Im Gegenteil habe ich überall bestätigt, daß Flug sehr interessant und gut gewesen. Woher der falsche Bericht stammt, ist mir unerklärlich. Hatte erst vor drei Tagen die erste Besprechung mit Zeitungen. Veranlaßt, daß diese Bemerkung in deutschen Zeitungen richtiggestellt wird.“

Letzte Nachrichten

Deutschland und das Sachverständigenkomitee

M. Berlin, 30. Okt. (Priv.-Tel.) Der deutsche Botschafter in Paris, v. Goeß, ist dorthin zurückgekehrt, nachdem er auf der Einreise in Wiesbaden mit Dr. Stresemann eine Besprechung gehabt hatte, wie übrigens auch am gestrigen Montag mit Reichsbankpräsident Dr. Schacht. Die französische Presse schließt aus der Rückkehr Goeßs, daß in ein bis zwei Tagen der angekündigte deutsche Schritt zur Eröffnung der Besprechung über die Sachverständigenkonferenz erfolgen wird. Auch in London erwartet man heute einen Schritt des deutschen Botschafters St. Hamer.

Folgende Personen gelten nach Pariser Meldungen als sichere Teilnehmer an der Konferenz: Für Frankreich der Generalsekretär der Bank von Frankreich, Moreau, für Belgien der frühere Minister Theunis, für Italien Birelli, für Deutschland Reichsbankpräsident Dr. Schacht. Dazu ist hinzuzufügen, daß nach unseren Informationen für Deutschland auch der Mitinhaber von Warburg, Melchior, und Generaldirektor Bügler genannt werden.

Eine englische Stimme für die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland

WTB. London, 30. Okt. (Tel.) In einem Aufsatz der „Daily News“ von J. A. Spender heißt es: Der Vocarnovertrag hat die Möglichkeit eines deutsch-französischen Krieges zur Voraussetzung. Man darf fragen, in welcher Lage England sich befinden würde, wenn es gezwungen sein sollte, an der Seite eines entwaffneten Deutschlands gegen ein Frankreich zu kämpfen, das mit Englands Zustimmung übermäßig ausgerüstet ist. Wenn das Zugeständnis an Frankreich bezüglich der ausgebildeten Reserven seine Gültigkeit behält, dann muß England unvermeidlich dafür eintreten, daß auch Deutschland zur allgemeinen Dienstpflicht zurückkehren darf.

Zum Schiedsspruch für die deutsche Seeschifffahrt

WTB. Hamburg, 30. Okt. (Tel.) Die Seeleute, die die entscheidende Mehrheit der Arbeitnehmerpartei bilden, haben gestern durch eine Abstimmung zu dem Schiedsspruch für die Seeschifffahrt Stellung genommen. Wie das „Hamburger Fremdenblatt“ hört, hat diese Abstimmung für Hamburg keine Mehrheit für den Streit ergeben. Man erwartet, daß die Stellungnahme in den anderen Städten dieses Ergebnis nicht ändern wird. Wie es heißt, werden die Offiziersverbände sich voraussichtlich für den Schiedsspruch entscheiden.

Zum Spionagefall in Lyon

WTB. Paris, 30. Okt. (Tel.) „Matin“ berichtet zu der auch Lyon berichteten Spionageaffäre folgendes: Der verhaftete Italiener Raccagnani habe Auftrag gehabt, der schweizerischen Spionagezentrale auf Grund eines Fragebogens Auskünfte allgemeiner Art über Meer und Marine und besonders über die Effektivbestände sämtlicher Waffengattungen zu liefern. In erster Linie sollte er sich jedoch ein seit kurzem in der französischen Armee eingeführtes Modell einer neuen Waffe verschaffen und auf jeden Fall versuchen, die Pläne, nach denen die Waffe konstruiert würde, zu erlangen. Raccagnani und sein Helfershelfer Banelli, der gleichzeitig verhaftet wurde, hatten angelehnt der von der Polizei gelieferten Beweise alles eingestanden, und auch über die Auslandsorganisationen, in deren Diensten sie standen, nähere Angaben gemacht.

Rundgebung gegen Derriot in Lyon

WTB. Paris, 30. Okt. (Tel.) Als Unterrichtsminister Derriot gestern in seiner Eigenschaft als Bürgermeister von Lyon den dortigen Gemeinderat eröffnete, richtete eine Person von der Zuschauerränge aus wegen der Vorfälle bei der Enthüllung des Gombes-Denkmal in Paris an den Minister beleidigende Äußerungen. Das war das Zeichen zu einer allgemeinen Rundgebung gegen Derriot. Dieser ließ die Zuschauerränge durch Polizeibeamte räumen. Hierbei kam es zu Zusammenstößen, in deren Verlauf drei Demonstranten, sämtlich Angehörige der Action Française, verhaftet wurden. Die Sitzung wurde alsdann fortgesetzt. Die Demonstranten veranfaßten jedoch auf der Straße weitere Rundgebungen, und es kam zu neuen Zusammenstößen mit der Polizei.

Kommunistenverhaftungen in Polen

WTB. Warschau, 30. Okt. (Tel.) Wie aus Lemberg gemeldet wird, haben dort die polnischen Behörden unter ukrainisch gesinnten Kommunisten umfangreiche Verhaftungen vorgenommen. Die polnische Polizei veranfaßte im Zentralkomitee der kommunistischen Westukrainischen Partei eine Streife, wobei sie 45 Personen festnahm. Es soll viel belastendes Material in die Hände der Polizei gefallen sein.

Überschwemmungen in Nord- und Mittelitalien

Infolge starker Regengüsse sind die Flüsse in Nord- und Mittelitalien über die Ufer getreten. In der Provinz Siena ist der Eisenbahnverkehr teilweise unterbrochen. Mehrere Ortshäuser sind ganz vom Verkehr abgeschnitten. In der Provinz Arezzo stürzten zwei Pfeiler einer Brücke nieder.

* Zur Reichsreform

Der badische Staatspräsident, Dr. Kemmele, hat in der Unterredung, die er einem Vertreter des Karlsruher „Volksfreunds“ in der Angelegenheit der Reichsreform gewährte, zum Schluß gesagt, die Anschauungen der Anhänger des Föderativstaates und der Unitaristen würden sich zweifellos einander annähern, und dieser Annäherungsprozeß könne sehr gefördert werden, wenn in der Presse und in der Öffentlichkeit eine ruhige, sachliche und leidenschaftslose Behandlung dieser außerordentlich wichtigen, aber auch außerordentlich komplizierten Frage stattfindet. In diesen Worten ist eine sehr berechtigte und sehr beherzigenswerte Mahnung enthalten.

Sicherlich ist es doch heute so, daß kaum noch ein ernst zu nehmender Politiker, und mag er von extrem-föderalistischen Ideen erfüllt sein, die Möglichkeit und Notwendigkeit gewisser Reformen in dem Verhältnis zwischen Reich und Ländern bestreitet. Denn schließlich sind beide Teile, Reich und Länder, an einer solchen Reform interessiert. So, wie bisher, geht es bestimmt nicht weiter. Vom Standpunkte des Reiches muß erwartet werden, daß partikularistische Tendenzen föhrender Art zurücktreten, daß Länder, die einfach nicht mehr existenzfähig sind und mit ihren kleinen und vertretbaren Gebietsteilen nicht nur das Bild der Landkarte verzerren, verschwinden bzw. in größeren Ländern aufgehen, und daß die Führung des Reiches in den Fragen, welche unbedingt die Gesamtheit des Volkes berühren, allenthalben verständnisvoll erleichtert wird. Die Länder aber müssen erwarten, daß sich das Reich auf seine Zuständigkeiten beschränkt, nicht ständig Arbeitsbereiche an sich zieht, die bisher in durchaus zufriedenstellender Weise von den Ländern verwaltet wurden, daß das Reich nicht sozusagen seine Nase in Dinge steckt, die es eigentlich gar nichts angehen, und nicht hinterher versucht, die Existenz der Länder zu untergraben. Bei einem vernünftigen Verhalten auf beiden Seiten wird sicher ein gangbarer Weg gefunden werden.

Dabei ist allerdings Voraussetzung, daß die eben erwähnte Ermahnung Kemmeles wirklich beherzigt wird. Soviel wir sehen können, ist das größere Quantum an Unfachlichkeit, Erregung und Leidenschaft zweifellos auf der Seite der Unitarier. Dafür wird dann allerdings der föderalistische Gedanke in seiner einseitigen partikularistischen Verzerrung von bayerischen Zeitungen manchmal in einer Weise vertreten, die nicht geeignet ist, für die Sache selbst zu werben. Im allgemeinen muß man aber sagen, daß gewiß nicht die besseren Gründe, aber sicherlich der größere Elan und die lautere Tonart den unitarischen Blättern zur Verfügung stehen. Vor allem ist es die Berliner demokratische Presse der Häuser Ullstein und Woffe, die ihre ganze Kraft in den Dienst des Unitarismus stellt. Und das bedeutet, bei den hohen Auflagenziffern nicht wenig.

Demgegenüber halten sich — und das gilt auch für den Süden, mit Ausnahme gewisser bayerischer Blätter — die mehr föderalistisch gesinnten Kreise stark in der Defensive. Vielleicht zu sehr in der Defensive. Schon oft genug hat man es erlebt, daß ruhige und besonnene Unitarier dann, wenn man ihnen die zahlreichen, sachlichen Gründe, die gegen den Einheitsstaat sprechen, vor Augen führte, offen erklärten, so hätten sie die ganze Frage noch gar nicht angesehen, und so könnten sie jetzt die Abneigung im größten Teil der Bevölkerung des Südens gegen den Unitarismus durchaus verstehen.

Wenn man immer wieder davon ausgeht, daß Reformen an und für sich nützlich und notwendig sind, muß man sich, doch oft genug über den Ton und die Art und Weise, wie der Unitarismus in manchen Zeitungen verfochten wird, wundern. Und bisweilen will es uns so scheinen, als ob, wie immer in der deutschen Politik, auch hier eine gute Portion Doktrinarismus mitspricht. Es sind nicht immer Erwägungen einer klugen vorausschauenden Politik, welche die Haltung einzelner unitarisch gesinnter Blätter bestimmen. Nehmen wir einmal die Presse der Linken zur Hand! Gerade in der letzten Zeit werden —, in Anlehnung an die Wahl Eugenbergs — wieder Betrachtungen angestellt über die Möglichkeiten einer Rechtsdiktatur in Deutschland, Betrachtungen, die ja seit dem Kapp-Putsch und seit der Aufrichtung der Diktatur in Italien und Spanien nie ganz aus der republikanischen Presse verschwunden sind. Alle Politiker und Tageschriftsteller, die eine solche Diktatur befürchten oder doch zum mindesten alle Vorkehrungen gegen sie getroffen haben möchten, haben offenbar keine Ahnung davon, daß der Einheitsstaat

die beste Voraussetzung für eine solche Diktatur wäre. Dagegen kann die Geschichte mit Dutzenden von Beispielen dafür aufwarten, daß eine föderativverfassung der beste Schutz gegen ein diktatorisches Regiment ist. Man weiß nicht recht, ob der Rapp-Putsch so verlaufen wäre, wie er faktisch verlaufen ist, wenn wir damals den Einheitsstaat gehabt hätten! Denn zunächst war doch die Partei an der Zentrale des Reiches, in Berlin, für den neuen Staat verloren. Von den Ländern ist der Widerstand und der Kampf zur Wiedergewinnung der Macht ausgegangen.

Man sollte sich ein Beispiel an den Deutschnationalen nehmen! Noch bis vor kurzem haben sie eine Erweiterung der Rechte des Reichspräsidenten verlangt. Sie gingen dabei von der Annahme aus, daß dieser Reichspräsident immer ein ihnen nahestehender Mann sein würde. Die Reichstagswahl hat sie belehrt, daß schließlich auch wieder einmal ein Sozialdemokrat Reichspräsident werden könnte. Und was haben sie darauf getan? Sie haben sofort ihre bisherige Auffassung revidiert, weil sie für sie selbst gefährlich werden könnte, und stellen jetzt die Forderung nach Erweiterung der Rechte des Reichspräsidenten hübsch in die Kumpfkammer. Sie treiben eben praktische Politik.

Vielleicht treiben auch die Republikaner praktische Politik, die gerade im Interesse des neuen Staates die Errichtung des Einheitsstaates für bedenklich halten und der Meinung sind, daß das Land, welches den Unitariern bislang die stärksten Argumente lieferte, nämlich Bayern, viel sicherer und viel stärker an das Reich und an seine republikanische Verfassung gefestigt werden kann, wenn man auf den Einheitsstaat verzichtet und es bei dem jetzigen Zustand — vorbehaltlich gewisser Reformen — beläßt. Auch in Bayern ist man neuerdings bereit, über solche Reformen zu reden und an ihnen mitzuarbeiten. Was aber das Bezeichnendste ist: man betont neuerdings in Bayern mit großem Nachdruck die Nützlichkeit der Weimarer Verfassung! Natürlich geschieht das aus föderalistischen Gründen. Aber ganz gleich, auf welchem Wege man zur Bejahung der Weimarer Verfassung kommt, die Hauptsache ist, daß man sie bejaht. Und wenn jetzt dieses Ja auch in Bayern ausgesprochen wird, so ist das doch wahrlich ein Gewinn für das ganze Vaterland.

Über alle diese Dinge, die wir hier berührten, sollte sich sachlich und ohne Leidenschaft disputieren lassen. Und man sollte es sich, zumal auf unitaristischer Seite, abgewöhnen, in jedem Anhänger der föderalistischen Grundlagen unserer Verfassung einen Bösewicht oder einen halben Narren zu erblicken. So einfach ist die Sache nicht. Nicht umsonst hat ein so erfahrener Politiker, wie Staatspräsident Memmel, die ganze Frage eine „außerordentlich komplizierte“ genannt.

Kein Defizit bei der Presse? In einer Ausschussführung der Kölner Stadtverordnetenversammlung wurde der von der Öffentlichkeit mit Spannung erwartete vorläufige finanzielle Abschluß der Presse vorgelegt. Danach balanciert die Presseausstellung ungefähr mit 7 Millionen Reichsmark. Ungeachtet ist noch der Posten, der für Verzinsung und Tilgung der Dauerbauten der Ausstellung anzusetzen ist. Auch werden noch Einnahmen erwartet, u. a. aus der Veräußerung von Vermögenswerten. Jedenfalls dürfte ein eventuell zu erreichendes Defizit sich in geringen Sähen bewegen und die Ausstellungsleitung mit einem leichten blauen Auge davonkommen.

Gedenkfest für die deutschen Gefallenen in Warschau. Die Mitglieder der deutschen Gesandtschaft sowie die Warschauer deutsche Kolonie versammelten sich Sonntagmittag auf dem Warschauer deutschen Soldatenfriedhof, um dort der im Weltkrieg Gefallenen zu gedenken. Der deutsche Gesandte, Ulrich Kaufner, hielt eine ergreifende Ansprache und legte dann im Namen des Reiches einen Kranz nieder.

Badisches Landestheater

Lohengrin
Zwar nicht aus einem ganz tiefen und unverstehbaren Brunnen, aber doch aus einem Quell, der an den psychologisch subtileren Stellen wenigstens eine dramatische Akzentuierung erlaubt, schöpft Gertrud Schwarz-Melting, die in der sonntäglichen Vorstellung von Wagners „Lohengrin“ die Elsa sang. Es war um so mehr eine achtunggebietende Leistung, als die Sängerin überhaupt zum erstenmal in das musikalische Gewand dieses Werkes sich hineingestellt sah und damit eine Rolle unter ihren künstlerischen Willen zwang, die ihrem bisherigen Fach ziemlich fernlag. Es fiel allerdings gleich im ersten Akt auf, daß die Künstlerin keineswegs mit frisch genommenen hohen Tönen brillierte, und daß schon beim ersten größeren Ensemblestück ihr an sich schöner Sopran merklich ermüdet klang. Später soll sich diese für ein so junges Organ doch wohl zu schwere Belastung noch empfindlicher darstellen. Trotzdem hat man allen Anlaß, für eine sympathische Darbietung zu danken, an die man sich, gerade weil sie mit niemand in Konkurrenz treten wollte, bei künftigen Gelegenheiten und eventuellen Verlegenheiten erinnern sollte. Der Vorstellung gab im übrigen die impetive Passionskraft, mit der ein zweiter weiblicher Gast, Magda Spiegel (Frankfurt), unserm Ensemble fielen sofort einige große, gut klingende Töne Josef Kürbs (Teltamund) auf, der auch, wenn man mir recht berichtet hat, im weiteren Verlauf des Abends seiner qualifizierten Partnerin kaum nachstand. S. Sch.

75 Jahre Heidelberger Stadttheater. Am 31. Oktober sind 75 Jahre verflossen, seitdem das alte Heidelberger Theater als erstes ständiges Theater unserer Stadt eröffnet wurde. Als Festvorstellung wird Lessings „Emilia Galotti“ gegeben. Die Feier wird eingeleitet durch Beethovens „Weihe des Hauses“.

Das Freiburger Stadttheater soll nun auch dem Film dienlich gemacht werden. Die Intendanz teilte heute morgen mit, daß am 3. November die Eröffnungsvorstellung stattfindet mit der Aufführung des Films „Im Lande des silbernen Löwen“. Professor Dr. Gahlinger wird den einleitenden Vortrag halten.

Vom Züricher Stadttheater. Bei der Gemeindevorstellung über einen Antrag auf Erhöhung des städtischen Beitrags an die Theater-K. G. in Zürich wurde diese Vorlage mit großer Mehrheit angenommen.

Das Steuervereinfachungsgesetz

Unter Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding trat Montag vormittag in Berlin die Finanzminister der Länder zu einer Besprechung zusammen, um sich mit den Fragen des Steuervereinfachungsgesetzes zu beschäftigen. Das Gesetz war bereits von Dr. Köhler, dem Vorgänger Dr. Hilferdings, dem Reichstag vorgelegt worden, nachdem es bereits gegenüber dem ursprünglichen Entwurf Änderungen erfahren hatte. Nach der zweiten Lesung, die der Reichstag in seinen Ausschüssen vor einiger Zeit beendigt hatte, hat sich das Kabinett nochmals mit der Vorlage befaßt. Nun soll in nächster Zeit eine dritte Lesung beginnen. Wenn der Reichstag bei den Beschlüssen der zweiten Lesung beharrte, würde — der „Frankfurter Ztg.“ zufolge — die Reichsregierung wahrscheinlich in einer ganzen Reihe von Fällen eine Doppelvorlage an den Reichstag bringen, da einige der Änderungen des Reichsrats für sie nicht akzeptabel seien. Zweck der Konferenz war, eine gemeinsame Prüfung der Frage, wie weit doch noch vor der dritten Lesung eine Verständigung zwischen beiden Teilen möglich sei, damit es der Reichsregierung erspart werde, eine Doppelvorlage an den Reichstag zu bringen. Nach dem offiziellen Bericht gab Reichsfinanzminister Dr. Hilferding in seinem Schlusswort der Überzeugung Ausdruck, daß die Konferenz zu einer klärenden strittigen Fragen und zu einer erfreulichen Annäherung geführt habe.

Saisonmäßige Zunahme der Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung weist in der Zeit vom 1. bis 15. Oktober der Jahreszeit entsprechend eine stärkere Steigerung als in den vorangegangenen Berichtszeiten. Sie stieg von rund 577 100 auf 593 800, d. i. um 16 500 oder um 2,9 v. H. Auch diesmal ist die Steigerung nur auf die Zunahme der männlichen Hauptunterstützungsempfänger zurückzuführen, deren Zahl um rund 19 700 oder um 4,8 v. H. gestiegen ist. Demgegenüber ist die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger wiederum zurückgegangen und zwar um 3200 oder um 2,1 v. H.

In der Kreisenunterstützung nahm in der Berichtszeit die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger weiter zu (von rund 86 600 auf 98 700 oder 3,5 v. H.). Die Zunahme betrug hier bei den Männern 3,8 v. H., bei den Frauen 2,1 v. H.

Die Organisation des zivilen Luftschutzes

Die „DZ“ hat kürzlich unter der Überschrift „Warum hat Dr. Krohne die Luftschutzleitung niedergelegt“, eine Unterredung mit dem früheren Reichswehrminister Dr. Krohne veröffentlicht. Von Berliner amtlicher Seite wird dazu erklärt: „Es ist unzutreffend, daß von Regierungseite aus für den Luftschutz der Zivilbevölkerung nichts geschehen ist. Die zutreffenden Stellen in den verschiedenen Ministerien beschäftigen sich schon seit längerer Zeit nach einem eingehend ausgearbeiteten Plan mit dem Problem, dessen Wichtigkeit die Reichsregierung durchaus anerkennt hat. Die Reichsregierung glaubt allerdings, zur Durchführung dieser Aufgaben einen so komplizierten Apparat nicht aufziehen zu sollen. Es ist ferner unrichtig, daß die Reichsregierung unter Aufhebung eines früheren Beschlusses neuerdings entschieden habe, den Reichswehrminister mit der Durchführung des zivilen Luftschutzes zu betrauen. Beim Reichsministerium des Innern lag von Anfang an die Leitung der gesamten Maßnahmen und bei diesem Ministerium wird die von anderen Ministerien geleitete Arbeit zentral zusammengefaßt. Hierin ist weder eine Änderung eingetreten noch beabsichtigt.“

Abgelehntes Misstrauensvotum in Mecklenburg-Strelitz. Montag nachmittag wurde im Landtag von Mecklenburg-Strelitz über das von den Demokraten und Handwertern eingebrachte Misstrauensvotum gegen den sozialdemokratischen Minister Dr. Freiberger a. Reinitz abgestimmt. Dafür stimmten die Demokraten, die Handwerker, die Deutschnationalen und die Böllischen mit zusammen 16 Stimmen, dagegen wurden ebenfalls 16 Stimmen abgegeben. Der Antrag ist infolgedessen mit Stimmengleichheit abgelehnt. Die Erwartung der Antragsteller, daß auch die Kommunisten für das Misstrauensvotum stimmen würden, hat sich nicht erfüllt.

Der Reichsparteitag des Zentrums wird, wie nunmehr endgültig feststeht, am 8. und 9. Dezember d. J. in Wien stattfinden. Der Tagung werden Sitzungen des Parteivorstandes und des Reichsparteiausschusses vorangehen. Für die Tagesordnung sind u. a. folgende Referate vorgesehen: 1. Zentrums- und deutsche Politik in Gegenwart und Zukunft (Steinwald); 2. Die geistigen Grundlagen der Zentrums- und deutschen Volkspartei (Berlitz).

Heimatkurs in Lörrach

(vom 7.—10. November 1928).

An vielen Orten Badens, zuletzt in Säckingen, brachte der Landesverein Badische Heimat Vortragsfolgen zustande in der sicheren Erkenntnis, daß derartige Heimatkurse ein wesentliches Hilfsmittel der Volksbildung überhaupt sind, die auf heimatlischer Grundlage zu erfolgen muß. Weiteste Kreise der Bevölkerung nicht nur der Stadt Lörrach selbst, sondern aus dem ganzen Markgräflerland, mögen durch zahlreiches Erscheinen ihr Interesse an diesem Heimatkurs betätigen, der dazu dienen soll, den Sinn für die Schönheiten der Natur, für die Bewahrung heimatlischer Sitten und Volksbräute, für die Geschichte und Gegenwart der Heimat, für Natur- und Denkmalspflege zu wecken und zu vertiefen.

Wir bedürfen dieser besonderen Anregungen bei der Perzeption unserer Zeit in stärkstem Maße, liegt doch in der Heimat unser zukünftige Schicksal verankert. Es kommt nicht nur darauf an, das Heimatgefühl, die Heimatliebe zu stärken und zu verinnerlichen, sondern auch zu selbständiger Betätigung alle Kreise des Volkes aufzumuntern. Von der engeren Heimat aus, der Heimatstadt und dem Heimatbezirk werden aber auch durch einzelne, groß eingestellte Vorträge Brücken geschlagen zum ganzen Badenland wie auch zu unserer deutschen Heimat. Heimat ist Boden, auf dem sich alles ohne Rücksicht auf Parteirichtung in schollenechter Befinnung zusammenfinden kann und muß, wenn wir von innen heraus gefunden wollen.

Die Stadt Lörrach, wie auch die Ortsgruppe Badische Heimat Lörrach, rüft sich, die zahlreichen Freunde und Förderer heimatlischer Bestrebungen begrüßen zu können. Dabei soll nicht vergessen werden, allen weltlichen und kirchlichen Behörden, die uns in der Durchführung auch dieses Heimatkurses wesentlich unterstützen, aufrichtig zu danken. Wir wünschen regen Besuch aus Stadt und Land und einen vollen ideellen Erfolg zum Wohle des schönen Hebellandes.

Akademische Ehrung Dr. Dürrs. Die Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Tübingen hat Oberingenieur Dürr, Friedrichshafen, den genialen Konstrukteur der Zeppelinluftschiffe, ehrenhalber zum Doktor der Naturwissenschaften ernannt. Oberingenieur Dr. Dürr ist jetzt dreifacher Ehrendoktor. Er besitzt auch die württembergische goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft.

Tagung der Postbeamten

In Anwesenheit von fast 2000 Delegierten aus allen Teilen des Reiches, sowie von Vertretern des Saargebietes, der Danziger und der österreichischen Postbeamten tagte am Sonntag im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates zu Berlin der 17. Verbandstag des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten seines Anfang. Der Saal war durch schwarz-rot-goldenen Flaggenschmuck und Blumenarrangements geziert. Bei den Begrüßungsansprachen sollte die Verfassung jenen Stellen lebhaften Beifall, bei denen der Öffnung Ausdruck gegeben wurde, daß das Saargebiet und Danzig bald zum deutschen Mutterlande zurückkommen und daß auch der Anschluß Österreichs an Deutschland sich in absehbarer Zeit vollziehen möge.

Rein sachlich brachte der Verbandsvorsitzende Angler zum Ausdruck, daß der Organisation z. B. über 150.000 Mitglieder angehören, daß man in Verhandlungen mit der Reichsregierung zu erreichen strebe, die Gärten, die sich bei der Neuregelung der Besoldung ergeben hätten, zu beiseite zu lassen. Die Beamten wollten sich aber daneben wehren, zum Objekt parteipolitischer Bestrebungen gemacht zu werden. Sie werde vielmehr ihre berechtigten Forderungen durch einiges Zusammenstehen in ihrer Berufsorganisation und unter Führung des Deutschen Beamtenbundes zu erreichen suchen. Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Hügel, sprach in ähnlichem Sinne zur Verlautbarung.

Im weiteren Verlauf des Verbandstages ergab sich zum Geschäftsbericht eine ausführliche Aussprache, in der die Tätigkeit des Vorstandes im wesentlichen gebilligt wurde. Der Geschäftsführer des Deutschen Beamtenbundes, Jenz, hatte nochmals die Stellungnahme des DBB zur Besoldungsreform erläutert. Fried begründete dann einen Antrag des Verbandsvorstandes, der den Verbandsbeitrag von 1,80 M auf 1,80 M erhöhen will, um die sozialen Ausgaben besser als bisher erfüllen zu können. Weiter sei die Beitragserhöhung namentlich für Bildungszwecke gebührt.

Der neue Schweizerische Nationalrat

Nach dem vorläufigen Gesamtergebnis der Nationalratswahlen erhielten: Freisinnig-demokratische Partei 58 Mandate (bisher 59), Kath. Volkspartei 46 (42), Soz. Partei 50 (49), Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei 31 (31), Liberal-demokratische Partei 6 (7), Sozialpolitik 3 (5), Kommunisten 1 (3), Parteiloze 2 (2).

Nach dem endgültigen Ergebnis der teilweisen Neuwahl der Schweizerischen Ständerates setzt sich dieses Parlament zusammen aus: Radikal-Demokraten 21 (bisher 20), Katholisch-Konservative 18 (wie bisher), Sozialdemokraten 0 (2), Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei 3 (2), Liberaldemokraten und Sozialpolitiker behielten wie bisher je einen Sitz.

Zehn Jahre Tschcho-Slowakei

Der zehnte Jahrestag der Errichtung der tschechoslowakischen Republik wurde am Sonntag im ganzen Land festlich begangen. Präsident Masaryk erließ eine ausführliche Botschaft. Die Tschcho-Slowakei sei es gelungen, sich in das System der Welt einzufügen, und ihre zentrale Lage in Europa verpflanze sie zu einer Politik von Weltformat. Im Zusammenhang damit betonte der Präsident die Notwendigkeit einer Friedenspolitik.

In den Straßen Prags wurde der Feiertag durch einen Vorbeimarsch der tschechischen Truppen aller Waffengattungen, der mehr als eine Stunde dauerte, eingeleitet. Kommunisten versuchten eine Versammlung der Sozialisten auf den Wenzelsplatz zu führen. Von der Menge wurden viele Kommunisten, darunter der Abgeordnete Mikulic, verprügelt. In ähnlichen kommunistischen Kundgebungen kam es auch in anderen Städten. In Brünn kam es zu antideutschen Kundgebungen. Der deutsche landwirtschaftliche Zentralverband hatte an seinem Gebäude mit Bewilligung der Polizei eine schwarz-rot-goldene Fahne angebracht, die in der Tschcho-Slowakei als Symbol des Deutschtums überhaupt gilt.

Studentennot. Vom Verwaltungsrat der Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft wurde mitgeteilt, daß die Kosten für das akademische Studium gegenwärtig zwischen 13 000 und 15 000 M liegen. Von den Studenten leben 30 Prozent mit dem knappen Existenzminimum, weitere 20 Prozent kaum darüber. Dabei brüden auf den Studenten die schlechten Berufsaussichten und schließlich diese das Gespenst der Arbeitslosigkeit mit dem 26. Lebensjahre drohend vor dem Studenten.

Reinheitsverfahren gegen Major Buchruder. Wie die „Post“ aus Stettin meldet, wird beim Landgericht Stettin ein Reinheitsverfahren gegen Major Buchruder vorbereitet. Im Mai d. J. kam es gelegentlich der Wiederaufrichtung des Gedenkdenkmals für die Opfer der Niederschlagung des Aufstandes von 1918 in Stettin zu einem lebhaften Zusammenstoß zwischen dem Vertreter des Reichswehrministeriums, Oberst von Hammerstein, und dem als Zeugen geladenen Major Buchruder über die Hintergründe des Kustriner Putsches im Jahre 1928. Buchruder bestritt, das Wehrkreiskommando damals hintergangen und für den Putsch gefälschte Befehle ausgegeben oder deren Ausgabe gewollt zu haben. Daraufhin drohte Oberst von Hammerstein mit Reinheitsanzeige der Reichswehr, die nun tatsächlich erfolgt ist.

Ein Wahlsieg der Labour Party. Bei der Nachwahl zum englischen Unterhaus in Ashton an der Lyne wurde DeLam (Arbeiterpartei) mit einer Mehrheit von 2406 Stimmen gewählt. Damit ist in diesem Wahlkreis der Sieg der Konserverativen an die Arbeiterpartei übergegangen. Dieser Sieg der Arbeiterpartei ist besonders bemerkenswert, weil sich der Wahlkreis seit 1910 ununterbrochen in den Händen der Konserverativen befunden hatte. Es ist der fünfte Wahlkreis, den die Konserverativen in diesem Jahre verloren haben. Bei 52 Erziehungswahlen seit den Wahlen von 1924 hat die Regierung einen Sitz gewonnen und 11 verloren, die Arbeiterpartei 16 Siege gewonnen und einen verloren und die Liberalen vier Siege gewonnen und drei verloren.

Die Wahlrechtsvorlage geht im Reichsministerium des Innern ihrer Vollendung entgegen. Die letzten Besprechungen darüber sollen in dieser und nächster Woche stattfinden. Das Reichsinnenministerium wird den Entwurf umgehend dem Reichskabinett vorlegen, so daß die Vorlage nach der Weihnachten dem Reichstag unterbreitet werden kann.

Der Opelbahnhof bei Rüsselsheim. Die Postfachkonferenz hat den Anschlag des Opelbahnhofs an die Gleise der Reichsbahn genehmigt. Die Genehmigung der geplanten Anlage eines neuen Hauptgleises Rüsselsheim-Bischofsheim, durch die erst die großen Schwierigkeiten beseitigt würden, ist noch nicht erfolgt.

Deutsche Bürgermeister in Wien. Die Stadt Wien begehrt in den Tagen vom 15.—19. November 1928 die Schubert-Feiern, zu der die Oberbürgermeister der Deutschen Großstädte über 200 000 Einwohner eingeladen hat. Neben einer Reihe von Festlichkeiten werden Besichtigungen verschiedener städtischer Anlagen und Einrichtungen stattfinden, an denen auch Oberbürgermeister Dr. Feimerich als Vertreter der Stadt Mannheim teilnehmen wird.

Sparen — Rationalisierung

Zeitgemäße Gedanken zum Weltspartag.

In Wirtschaft und Technik, Staat und Verwaltung, überall ist in den letzten Jahren viel von „Rationalisierung“ die Rede. Mag das Wort durch seinen reichlichen Gebrauch etwas von seiner Tragkraft verloren haben, die Tatsache selbst bleibt bestehen, daß heute mehr denn je unter dem Zwang der Verhältnisse in der Gütererzeugung und -verteilung schärfste Selbstbestimmung auf planmäßiges Vorgehen Platz gegriffen hat, und erfreuliche Fortschritte in dieser Hinsicht auch bereits erzielt sind. Gewiß hat es auch vor dem Kriege schon die „Rationalisierung“ gegeben. (Man war auch damals bestrebt, mit möglichst geringen Unkosten die Gütererzeugung und -verteilung durchzuführen.) Das Neue daran ist aber, daß diese Gedankengänge ganz bewußt und planmäßig in weiteste Kreise gebrungen sind und heute einen ungleich stärkeren Einfluß als früher auf die Wirtschaft ausüben.

Der Gedanke der Rationalisierung ist aber nicht auf dieses engere Gebiet beschränkt geblieben, man hat bald mit Recht erkannt, daß eine solche Einstellung des Menschen: nämlich Planmäßigkeit und Überlegung in allem und Erreichung der Ziele mit dem geringsten Aufwand an Kraft, Zeit und Geld, ein unerlässlicher Grundsatz für seine ganze Lebensführung werden mußte. So ist dann unter dem Einfluß dieser Strömungen unversehens auch wieder ein Wort in das Gesichtsfeld des Gegenwartsmenschen getreten, das eine Zeitlang unbedeutenderweise den Beigeschmack etwas Veralteten und nicht mehr Zeitgemäßen hatte: das Sparen.

Sparen bedeutet rationelles Handeln in jeder Hinsicht. Das Zurücklegen von Geld ist hierbei zunächst nicht einmal das Wichtigste, sondern ergibt sich zwangsläufig als Erfolg einer umsichtigen, vorausschauenden Wirtschaftsführung. Der Sparrer holt ohne große Mühe aus dem gleichen Einkommen durch sein wirtschaftliches Verhalten viel mehr heraus als der, der in den Tag hinein lebt. Der Sparrer von heute ist alles andere als ein unfreier oder auch geldgieriger Mensch, dem es nur darauf ankommt, möglichst viel „Geld auf die hohe Kante zu legen“, sondern ein lebensfroher und kluger Mensch, der seinen Vorteil erkennt hat und danach handelt. So verstanden ist der Spargedanke ein durchaus moderner, ein durchaus fruchtbarer Gedanke.

Man hört oft den Einwand gegen das Sparen, daß die soziale Gesetzgebung ja die Aufgabe habe, die Menschen gegen die dringendsten Wechselfälle des Lebens zu schützen. Wer so denkt, der verfallt in den Fehler, von der Allgemeinheit zuviel zu erwarten. Ihre Hilfe kann immer nur ergänzend gewährt werden, während die gesunde Selbsthilfe des einzelnen im Vordergrund zu stehen hat, und zu ihr ist in erster Linie das Sparen zu rechnen. Niemandem kann auf die Dauer und in größerem Umfang die Sorge und Verantwortung für sich selbst und seine Angehörigen von der Allgemeinheit abgenommen werden. In diesem Zwang liegt gleichzeitig ein tiefer Sinn, da er den selbständigen Antriebe zu wirtschaftlichem und gleichzeitig kulturellem Fortschritt in sich birgt.

Das Sparen hat aber noch eine allgemeinerwirtschaftliche Seite. Es ist die Vorbereitung und Grundlage jeder Kapitalbildung. Der Auf- und Ausbau der Wirtschaft und damit der Stand unserer Gütererzeugung ist schließlich abhängig von einer ausreichenden Kapitalbildung, dem gesteigerten Zuflusse ausreichenden und billigen Kredits. Kredit kann aber nur gegeben werden, wenn zuvor Kapital gebildet ist, d. h. wenn gespart wird. Falsch ist es, dabei zu denken, daß kleine Geldbeträge hierüber keine Rolle spielen könnten. Solange sie zerstückelt in der Hand des einzelnen Menschen sind, ist dies richtig: „Was können dazu beispielsweise schon meine 50 M. beitragen?“ mag mancher denken. Auch diese kleinen und kleinsten Spargbeträge werden zu einer ungeheuren wirtschaftlichen Macht, wenn sie sich vereinigen.

Wenn diese verteilte Auffassung des Sparens und die Erkenntnis seiner Bedeutung für die Allgemeinheit immer mehr zum Allgemeinut wird — und das ist der Zweck des Weltspartages — dann wird auch der diesjährige vierte Weltspartag Erfolg zu verzeichnen haben.

Die deutsch-russischen Verhandlungen über Abänderung des Handelsvertrages werden, wie wir erfahren, Mitte November in Moskau eröffnet werden.

Der Lohnstreik der Eisenindustrie Nordwest, der am Freitag vergangener Woche gefüllt wurde, ist vom Arbeitgeberverband abgelehnt worden. Zur Nachverhandlung über eine Verbindlichkeitsklärung hat der Reichsarbeitsminister die Parteien zum heutigen Dienstag in das Reichsarbeitsministerium, Berlin, geladen.

Tarifführung in der sächsischen Textilindustrie. Der Arbeitgeberverband der sächsischen Textilindustrie hat sämtliche Lohnsätze zum 30. November gekündigt. Von der Kündigungsmaßnahme werden etwa 250 000 Textilarbeiter betroffen.

Anschlußkündigung der Großdeutschen Volkspartei Österreichs. Anlässlich der zehnten Jahresfeier des Bestehens der Republik Österreich erklärt der Parteivorstand der Großdeutschen Volkspartei einen Aufruf, in dem das Bekenntnis zum Anschluß an das Deutsche Reich ausgesprochen wird.

Neuen Roggenanfuhrzoll in Polen. Wie das Rüstbüchlein „Gloz Prawy“ erzählt, soll eine Verordnung der polnischen Regierung erscheinen, wonach für den Meteoriten Roggen ein Einfuhrzoll in Höhe von 11 Zloty erhoben werden soll. Ein diesbezüglicher Beschluß soll vom Wirtschaftlichen Ausschuss des Ministerrats in seiner Sitzung vom 28. cr. gefaßt worden sein.

Die Beschädigung an der Büste Combes. Der Verfertiger der Combes-Büste, die am letzten Sonntag in Paris beschädigt wurde, hat einem Mitarbeiter des „Journal“ erklärt, daß die Reparatur der Büste ebenfalls dauern werde, wie die Anfertigung einer neuen Büste, und daß das letztere vorzuziehen sei.

Der Antrag des Staatsanwalts gegen Gutzmann. W.B. Offen, 30. Okt. (Tel.). Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten Gutzmann eine Zuchthausstrafe von 8 Jahren, Aberkennung der Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren und Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft. Die Anklage wegen Mordes hat er fallen gelassen und hat nur auf Totschlag plaidiert. Dem Angeklagten seien mildernde Umstände zu versagen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Der Kern des Zwischenhochs, das uns gestern Aufheiterung brachte, befindet sich heute früh am nördlichen Alpenrande. Ein über Frankreich liegender Ausläufer des bei England vorstehenden neuen Tiefdruckgebietes wird uns jedoch in kurze Bewölkung, voraussichtlich aber ohne nennenswerte Niederschläge, bringen. Nach Vorüberzug der Störung steht wieder Aufheiterung in Aussicht. Wetterausblick: Nach vorübergehender Bewölkung wieder aufheiternd, vorwiegend trocken, tagsüber mild, bei südwestlichen Winden.

Badischer Teil

Landesausschuss des Badischen Landwirtschaftlichen Vereins

Am 19. und 20. Oktober tagte in den Räumen der „Vier Jahreszeiten“ in Karlsruhe, in Anwesenheit von Obergerichtsrat Dr. Keller und Dr. Fehnenmeier, als Vertreter der Regierung und des Präsidenten der Badischen Landwirtschaftskammer, Dr. Graf Douglas, Langenstein, unter dem Vorsitz des Präsidenten, Gutsbesitzer Bachs, der Gesamtvorstand und Landesausschuss des Badischen Landwirtschaftlichen Vereins. Erschienen waren 13 Gauvertreter und die Vertreter von 45 Bezirksvereinen. Seit der letzten Tagung hat der Verein den Tod seines Protokollführers, Großherzog Friedrich II., seines Ehrenpräsidenten Geheimrat Solger, der Bezirksvorstände: Veterinär Dr. Hammer, Zahn- und Gutsbesitzer Hüglar, Brudersal, zu beklagen. Ihrer und auch den im Juni so unerwartet rasch verstorbenen früheren Präsidenten der Badischen Landwirtschaftskammer, Hermann Gebhardt, gedachte der Vorsitzende, während sich die Versammlung zu Ehren der Verstorbenen von den Sitten erhob.

Aus dem Tätigkeitsbericht war zu entnehmen, daß sowohl in den Gauen, als auch in den Vereinen gearbeitet wird, der Not der Landwirtschaft zu steuern und Mittel und Wege zur Selbsthilfe zu finden. Zuchtviehzüchtungen und Prämierungen wurden in einzelnen Bezirken vorgenommen und im ganzen Lande Versammlungen mit Vorträgen abgehalten.

Der Rechnungsbeschluss für 1927 ergab einen kleinen Überschuss aus der Vermittlung landwirtschaftlicher Berufsartikel an die Mitglieder. Der Voranschlag für das laufende Jahr wurde mit einer Erhöhung des Beitrags an den Landesverein um 10 Pf. genehmigt. Richtlinien über die Haltung des Vereins bei der nächsten Jahresversammlung wurden festgelegt. Allgemein trat man der Ansicht der Vorsitzenden bei, daß in der heutigen schweren Zeit, von der in erster Linie die Landwirtschaft betroffen sei, ein Wahlkampf vermieden werden müsse. Der Vorstand wurde beauftragt, die nötigen Schritte in dieser Richtung zu tun. Zwei Mitglieder, Landwirt Peter Müller I. in Ladenburg, und Michael Frey in Giesberg (bei Waldshut) wurden wegen ihrer besonderen Verdienste zu Ehrenmitgliedern ernannt.

Die Versammlung stimmte dem Eintritt in die im Mai d. J. gegründete Badische Viehverwertung G. m. b. H. mit einem Anteil von 4000 M. zu. Die Wahlen in den Vorstand ergaben einstimmige Wiederwahl des Präsidenten Bachs, seines Stellvertreters, Gutsbesitzer Merten, Ritterhof, sowie Neuwahl der Herren Landrat Dr. Bauer, Karlsruhe, und Landesökonomierat Selzer, Freiburg. Die Sitzung erhielt besondere Anregung durch einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag des Präsidenten der Badischen Landwirtschaftskammer, Dr. Graf Douglas, Langenstein, über die Milchwirtschaft in Baden, worin dieser besonders die Finanzierung der einzelnen Arbeiten der Milchwirtschaft durch die Kredite aus der Rentenbank-Freditanstalt einerseits und aus dem Notprogramm andererseits darlegte.

Aus der Milchwirtschaft

Im Anschluß an eine in Württemberg unternommene Studienreise staltete Prof. Lichtenberger von der Forschungsanstalt für Milchwirtschaft in Kiel, der als Autorität moderner Molteretechnik in Deutschland gilt, der Oberbadischen Milchgenossenschaft Radolzell einen Besuch ab. Professor Lichtenberger äußerte sich sehr befriedigend sowohl über die technische Einrichtung, als auch über den organisatorischen Aufbau der Oberbadischen Milchgenossenschaft.

In den letzten Tagen fand unter Führung des Landrates eine Besichtigung der Milchzentrale Scheffenz durch den Bezirksrat von Mosbach statt, nachdem hier vorher eine solche durch Vertreter der Stadtgemeinde Schwetzingen, unter Führung des dortigen Bürgermeisters Götz, stattgefunden hatte. Die Milchzentrale Scheffenz hat eine bedeutende Erweiterung ihres Betriebes vorgenommen, wobei gleichzeitig die Modernisierung des Betriebes nach dem neuesten Stand der Molteretechnik durchgeführt wurde. Die Besichtigung der Anlage hinterließ bei den Besuchern den besten Eindruck über die fortschrittliche Arbeit der organisierten Landwirtschaft auf landwirtschaftlichem Gebiete, die dem Landwirt einerseits eine gewisse Sicherheit für den Absatz seiner Produkte zu annehmbaren Preisen gibt, die aber auch andererseits durch die Möglichkeit der Herstellung einwandfreier Erzeugnisse dem Volkswohl dient.

Bergwacht (Abteilung Schwarzwald)

Die alljährliche Hauptversammlung der Bergwacht (Abteilung Schwarzwald) wurde am Sonntag in Freiburg abgehalten. Den Vorsitz führte Gymnasialdirektor Dr. Gausath, Freiburg. Als Vertreter des Innenministeriums war Landrat Götz, Freiburg, als solcher des Kultusministeriums, Geheimrat Martin, als Vertreter der Stadt, Stadtrat Grumbach, als solcher des Hauptauschusses in München, Major Mayher, erschienen.

27 Ortsgruppen umfaßt die Abteilung Schwarzwald bisher, dazu kommen fünf neue in Wühl, Neustadt, Nordrach, Weils-Leopoldshöhe und Löffel, so daß im neuen Geschäftsjahr mit 32 Ortsgruppen begonnen werden kann mit zurzeit 560 Bergwachtsteuern. Bereits sind 30 Unfälle, zum Teil mit Transportfahrzeugen und meist mit großen Hausapotheken, Verbandszeug usw. ausgestattet eingetretet, wovon etwa 20 im südbadischen Schwarzwald, 8 im Hornisgrünbachgebiet sich befinden. Die Berichte der Ortsgruppenführer zeigten von einer zunehmenden erfolgreichen Tätigkeit. Am Feldberg und an der Hornisgrünbach mußten mehrfach die Bergwachtunfallstellen zum Teil schwierige Abtransporte vornehmen, in einem Falle wurde durch eine kleine Lawine an der Grinde ein Verletzter nur durch rasches Eingreifen eines Bergwachtmannes gerettet. Zahlreich waren die Fälle, wo Waldbrände rechtzeitig entdeckt und erstickt werden konnten. Ein aus der Mitte der Versammlung gestellter Antrag, von Wahlen abzusehen und den bisherigen Gesamtvorstand wieder zu wählen, wurde einstimmig angenommen, ebenso ein Antrag Pforzheim, die Ausweise der Bergwacht seitens der Regierung bzw. Landesparlament befähigen zu lassen.

Eingehend berichtet das Mitglied des Hauptauschusses München, Major Mayher, über die Entwicklung des Sanitätsdienstes im Gebirge beim Wintersport, ergänzt wurden seine Ausführungen durch Kunstmalers Hauptmann von der Gruppe Herzogenhorn über die Erfahrungen im subalpinen Gebiete des Schwarzwaldes. Allgemein konnte über erfreuliche Erfolge der Bergwacht auf allen Tätigkeitsgebieten berichtet werden, besonders muß noch auf die gründliche Ausbildung der Bergwachtleute auf dem Gebiete der Pflanzen- und Tierkunde und des Sanitätsdienstes im Bereiche der Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe und auf die Ausbildungskurse in Freiburg unter Leitung der dortigen Universitätsklinik hingewiesen werden.

Die nächstjährige Tagung findet in Baden-Baden statt.

Ein Druckfehler in der gestrigen Nummer, den unsere Leser wohl schon selbst bemerkt haben, sei hier noch ausdrücklich richtiggestellt. Der in Freiburg im hohen Alter verstorbenen ehemalige Präsident der Badischen Staatsschuldenverwaltung ist Geheimrat Otto Ballweg (nicht Ballenberg).

Gemeinderundschau

Neue Bauten in Karlsruhe. Der Stadtrat Karlsruhe hat beschlossen, im jogen. Seldeneischen Feld einen Bauplatz im Ausmaß von 6000 Quadratmeter zum Gesamtpreis von 30 000 M. zu erwerben. Auf dem Bauplatz, im äußersten Nordwesten der Stadt gelegen, soll ein neues Schulhaus erstellt werden. Diesem Platze gegenüber wird auch durch die katholische Kirchengemeinde eine neue Kirche erstellt werden. Man rechnet damit, daß in absehbarer Zeit die beiden Bauten zur Ausführung gelangen können.

Sanatorium Speyerer Hof. Der Stadtrat Karlsruhe beantragt beim Bürgerausschuß die Zustimmung zur Beteiligung der Stadt Karlsruhe an der Sanatorium-Speyerer-Hof-G. m. b. H. in Heidelberg als Gesellschafter mit einer Stammeinlage von 30 000 M.

Für eine pfeilerlose Rheinbrücke in Mannheim. In seiner letzten Versammlung sprach sich der Schifferverein Mannheim ganz entschieden für den Bau einer pfeilerlosen Rheinbrücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen aus, weil eine solche Brücke am besten den Forderungen der Schifffahrt treibenden entspricht.

Der Bretener Voranschlag. Bürgermeister Schemenau erklärte nun auf Grund des § 58 Abs. 11 der Gemeindeordnung der Bretener Voranschlag genehmigt. Dieser Paragraf besagt: Wenn der Voranschlag zweimal nicht die nötige Mehrheit erhält, ist er genehmigt.

Kurze Nachrichten aus Baden

ld. Mannheim, 29. Okt. Der Mitbegründer des Badischen Lehrervereins, Hauptlehrer a. D. Karl Pfeiffenberger, ist in der Nacht zum Sonntag im Alter von 82 Jahren gestorben. Mit ihm ist einer der bekanntesten badischen Schulmänner dahingegangen. Pfeiffenberger war Herausgeber der Fibel „Des Kindes erstes Schulbuch“, das in ganz Baden eingeführt, auch in der Schweiz und in Sachsen verbreitet war und in immer neuen Auflagen erschienen ist. In Maudau ist er am 4. Mai 1847 geboren, seine Vaterstadt ehrete ihn durch Ernennung zum Ehrenbürger.

D. J. Malisch (A. Etlingen), 30. Okt. Hier ist der weithin bekannte Altbaugewerke im Alter von 86 Jahren gestorben. Auch als Mitglied des Gemeinderats und als Weiserrat hat er sich große Verdienste erworben. 50 Jahre gehörte er der Freiw. Feuerwehr als Mitglied an.

D. J. Weisenbach (A. Rastatt), 30. Okt. In der Nacht auf Montag kam es hier zwischen Burschen aus Weisenbach, Reichental und Hilpertsau zu einer folgenschweren Schlägerei, die ein Menschenleben gefordert hat. Ein Bursche von Weisenbach schlug mit einem Holzprügel auf den lebigen 23jährigen Josef Jasp von Reichental derart ein, daß der junge Mann bewußtlos zusammenbrach und kein Lebenszeichen mehr von sich gab. Dem Jasp war die linke Stirnseite eingeschlagen worden. Im Gernsbacher Krankenhaus starb er Montag morgen, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

D. J. Nieberbühl (A. Rastatt), 30. Okt. Heute nacht gegen 2 Uhr kam es zwischen zwei hiesigen Männern zu einer schweren Messerfehde, wobei der ledige Wilhelm Schure überliefert wurde. Er liegt im Rastatter Krankenhaus hoffnungslos darnieder. Den Eltern werden sich allgemeine Teilnahme zu, da sie vor Jahresfrist eine Tochter durch Ertrinken verloren haben. Der Täter wurde verhaftet.

D. J. Wühl, 30. Okt. Vermessungsoberssekretär Gerstenberg feiert heute sein 40jähriges Dienstjubiläum. In einem Handschreiben des Staatspräsidenten wird dem Jubilar Dank und Anerkennung für die langjährige treue Pflichterfüllung ausgesprochen.

D. J. Freiburg i. B., 29. Okt. Samstag vormittag fand die feierliche Einweihung des neu errichteten Marienhausneubaus in der Scheffelstraße statt. Zu der zahlreiche prominente Persönlichkeiten der Stadt erschienen waren. Das Haus wurde von dem St. Marienverein gegründet, der auch den Neubau durchführte. Bisher bot das Haus neunzig Zimmern Obdach, jetzt können weitere sechzig Personen Unterkunft finden, insbesondere sollen Kleinrentner ins Heim einziehen. Auf diese Weise konnten 44 Wohnungen für den Freiburger Wohnungsmarkt freigegeben werden.

D. J. Schachen (A. Waldshut), 30. Okt. Gestern mittag brach in dem Speicher des einstöckigen Wohnhauses von Fr. Voog in Schachen Feuer aus, das das ganze Gebäude in kurzer Zeit einscherte. Es war mit 4300 M. versichert, die Fehrlüsse mit 11 000 M. Voog war bei Ausbruch des Brandes allein im Hause anwesend und wurde wegen Verdachts der Brandstiftung sofort festgenommen.

* Tiengen, 27. Okt. Der Finanzamtsneubau ist im Rohbau fertiggestellt; heute wurde das Richtfest gefeiert.

ld. Frankenthal, 29. Okt. Vor dem Schwurgericht nahm am Montag die Verhandlung gegen den 23jährigen Elektrotechniker Franz Giotz ihren Anfang, der am 18. April d. J. in der Farbenindustrie Ludwigshafen die Werkmeister Schneider und Geiß und den Kalkulator Laupner durch mehrere Schüsse so schwer verwundete, daß sie ihren Verletzungen erlagen, den Werkmeister Klaf durch einen Schuß ins Bein verletzte und auf den Meister Graf und auf den Hilfsmeister Disqué mehrere Schüsse abgab, die jedoch ihr Ziel verfehlten. Nach der Tat hat sich Giotz selbst der Polizei gestellt und eine eingehende Schilderung der Vorgänge gegeben, an die er sich jedoch jetzt nicht mehr erinnern will. Der Öffnungsbeschluss lautet wegen Tötung von Schneider, Geiß und Laupner auf Mord, wegen des Anschlags auf Klaf, Graf und Disqué auf Mordversuch. Am 14. Juli 1922 trat Giotz in die Farbenindustrie ein, wo er ununterbrochen bis zu seiner am 12. April 1928 erfolgten Entlassung arbeitete. Er geriet mit Werkmeister in Differenzen. Als der Werkmeister Engelmann eine Arbeit des Angestellten, der sehr strebsam war, tadelte, schlug Giotz in sinnloser Wut mit einer Eisenstange auf den Meister ein, dessen Arm durchschlagen wurde. Wegen dieser Mißhandlung mußte Giotz am anderen Tage entlassen werden. Nach seiner Entlassung äußerte er, daß er sich und zwanzig andere richten werde.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	30. Okt.		29. Okt.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.15	168.49	168.12	168.46
Kopenhagen 100 Kr.	111.82	112.04	111.81	112.03
Italien . . . 100 L.	21.965	22.005	21.955	21.995
London . . . 1 Pf.	20.336	20.376	20.332	20.372
New York . . . 1 D.	4.1940	4.2020	4.1930	4.2010
Paris . . . 100 Fr.	16.38	16.42	16.375	16.415
Schweiz . . . 100 Fr.	80.69	80.85	80.665	80.825
Wien 100 Schilling	59.98	60.10	59.98	60.09
Prag . . . 100 Kr.	12.428	12.448	12.425	12.445

Hinduff?

Nur durch Sparen!

Die Mitglieder der Karlsruher Banken-Vereinigung

Badische Bank
Badische Girozentrale
Baer & Elend

Darmstädter und Nationalbank
Filiale Karlsruhe i. B.
Ignaz Ellern
Veit L. Homburgér

Rheinische Creditbank
Filiale Karlsruhe
Süddeutsche Disconto-Gesellschaft
Filiale Karlsruhe
Straus & Co.



Spare in der Zeit, so hast Du in der Not! Der Weg zur Mark führt über den Pfennig! Viele Wenig geben ein Viel!

Was will der 30. Oktober als

Weltspartag?

Er soll ein ernster Mahner für uns alle sein zum Sparen!

Spareinlagen mit höchstmögl. Verzinsung bilden den Grundstein für ein sorgenfreies Alter! 47

Landesbank für Haus- u. Grundbesitz

e. G. m. b. H.,
Karlsruhe - Mannheim - Freiburg i. B. - Pforzheim - Sinsheim a. E.

G. BRAUN

VORM. G. BRAUNSCHE HOFBUCHDRUCKEREI UND VERLAG
G. M. B. H. KARLSRUHE KARL FRIEDRICH-STR. 14 FERTIGT

DRUCKSACHEN

aller Art für Industrie, Handel, Behörden und Private. Kurze Lieferfristen. Mäßige Preise.

Kassenschränke

Scherengitter in Spezialausführung
Eiserne Schränke — Fahrradständer
liefert 769

Herm. A. Sieferle, Lehr i. B. Telephone 2843
Kassenschrankfabrik und Eisenkonstruktions-Werkstätten



Günstig ab Fabrik an Private!
Dezernat Korbmöbel, Reichshofstr. 12
Korbmöbel Mercedes, Lorchstr.



Karlsruher Lebensversicherungsbank A.-G.

Ursprung 1835

Lebens-, Aussteuer- und Studiengeld-Versicherungen

Außerdem bietet sie durch ihre Konzerngesellschaften

Hammonia, Allgemeine Versicherungs-Aktien-Ges. in Hamburg und
Vereinigte Krankenversicherungs-A.-G. (vormals Godevag, Kosmos und Selbsthilfe) Berlin

Unfall-, Haftpflicht-, Feuer-, Einbruchdiebstahl-, Wasserle: ungschäden, Glas-, Kraftfahrzeug-, Transport-, Reisegepäckversicherungen

und Krankenversicherungen.

51

Bad. Beamtenbank

e. G. m. b. H.
KARLSRUHE
Waldstraße 1

Über 50 000 Mitglieder!

Auch der letzte badische Beamte muß Mitglied werden!

Alles Beamtengeld zur Beamtenbank!

Keiner versäume, sich ein Sparkonto bei der Beamtenbank anzulegen!

Zinsen für Sparguthaben 5%, 6%, 7% Prozent, je nach Kündigungsfrist! 52

N. 957. Karlsruhe. Das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkursverfahrens sowie die Verfügungsbeschränkung über das Vermögen der Firma Bernhard Brüdel in Karlsruhe, Kreuzstr. 5, wurde nach Befähigung des Vergleichs aufgehoben.

Karlsruhe, 17. Okt. 1928. Geschäftsstelle des Amtsgerichts Karlsruhe, Abt. A. I.

Hochbauarbeiten für einen neuen Lokomotivschuppen im Abstellbahnhof Freiburg nach den vom Reichsverdingungsausschuß aufgestellten allgemeinen Bestimmungen für die Vergabe von Bauleistungen öffentlich zu vergeben: a) Einfahrtstore aus Holz (11 St. a 4,30/5,51 m), b) Glaserarbeiten (u. a. 325 m² Hallenfenster), c) Schreinerarbeiten (äußere Eingangstüren) d) Schlossarbeiten (Anschlagen der Tore und Türen). Pläne und Bedingungenheft beim Reichsbahnbauamt Freiburg, Wilhelmstraße 48, II. Etod, Zimmer Nr. 12, zur Einsicht; dort auch Abgabe der Angebotsvordrucke, solange Vorrat reicht. Angebote mit entsprechender Aufschrift, postfrei bis 12. November 1928, 16 Uhr, bei mir einzureichen. Zuschlags-

frist 3 Wochen. Freiburg, 27. Oktober 1928. Vorstand des Reichsbahnbausamts, 962.

Bruchsal. N. 960 Güterrechtsregistereintrag: Holler, Otto, Maurermeister in Untergrombach, u. Hilba geb. Schmitt. Durch Vertrag vom 26. Juli 1928 ist die Gütertrennung nach den §§ 1427—1431 des BGB. vereinbart.

Bruchsal, 23. Okt. 1928. Amtsgericht I.

Karlsruhe. N. 956 Güterrechtsregistereinträge: 1. Zu Band 1 Seite 147: Böhner, Robert, Kaufmann, und Anna geb. Wahr. Vertrag vom 22. Oktober 1928. Gütertrennung. 24. Okt. 28. 2. Seite 148: Knoll, Leonhard, Kaufmann, Karlsruhe, und Maria geb. Schmid. Vertrag vom 22. Okt. 1928. Gütertrennung. 24. Okt. 28.

3. Seite 149: Schneider, Karl Ludwig, Kaufmann, Karlsruhe, und Olga geb. Hornung. Vertrag vom 9. Oktober 1928. Erbschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 24. Okt. 1928. Amtsgericht Karlsruhe.

Wolfsch. N. 963 Güterrechtsreg. Band 2, D. 3. 458: Christian Blum, Arbeiter in Schiltach, und Sofie geb. Wehle. Beschränkung der Schlüsselgewalt der Frau gemäß § 1367 BGB. Wolfsch, 26. Okt. 28. Amtsgericht.



Badisches Landestheater

Mittwoch, 31. Oktober
Volksbühne
Und das Licht scheint in der Finsternis

Drama von Tolstoi.
Mitwirkende:
Vertram, Ermarth, Frauendorf, Genter Quaiser, Schreiner, Willer, Ziegler, Portfeldt, Dahlen, Gemmede, Graf, Herz, Höder, Just, Kloeble, Müller, Schulze.

Anfang 19^{1/2}, Ende n. 21^{1/2}, Preise A

Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.

Do. 1. Nov. Faunhüner Nr. 2. Nov. Schinderhannes Sa., 3. Nov. Das Leben König Edwards II. von England So. 4. Nov., nachmittags Hoffmanns Erzählungen abends: Armida.

Im Konzerthaus:
Die Frau, die jeder sucht No. 5. Nov. 3. Sinfoniekonzert Di., 6. Nov. Kalfutta, 4. Mai

Les Bücher Wissen ist Macht!

Badische Bau- und Bodenbank

FILIALE DER DEUTSCHEN BAU- UND BODENBANK AKTIENGESELLSCHAFT BERLIN SW 68
AKTIENKAPITAL 25 000 000 RM.

GEMEINNÜTZIGE BAU-KREDITBANK FÜR DEN WOHNUNGS-BAU
KARLSRUHE

FERNRUF 944

FERNRUF 944

Drud G. Braun, Karlsruhe